

- Es gilt das gesprochene Wort –

Zusammenleben im Haus Europa

Prof. Klaus Roth, München

Sehr geehrter Herr Staatsminister, liebe Gäste,

In seiner Rede nach der Wahl zum Bundespräsidenten betonte Horst Köhler, “dass es gerade in Umbruchphasen auf Vertrauen als Sozialkapital ankommt” und Johannes Rau stellte in seiner letzten Berliner Rede das Thema Vertrauen sogar ganz in den Mittelpunkt. Vertrauen ist, wie der Soziologe Niklas Luhmann einmal feststellte, eine wesentliche Komponente sozialer Ordnung. Es ist sogar die Grundvoraussetzung des Funktionierens von modernen Zivilgesellschaften – sowohl in Nationalstaaten wie Deutschland als auch in einer Staatengemeinschaft wie der Europäischen Union.

Das gedeihliche Zusammenleben der Menschen, der Gesellschaften und der Staaten im ‘Haus Europa’ gründet also ganz wesentlich auf etwas, was den meisten Menschen so selbstverständlich ist, dass sie kaum einen Gedanken darauf verschwenden. Sie bemerken es immer erst dann, wenn es fehlt oder spürbar gefährdet ist: das Vertrauen in Institutionen, also in Regierungen und Behörden, in Justiz und Polizei, in Banken und Unternehmen, in Gesetze und Verträge. Es ist ein anonymes Vertrauen in das Funktionieren und die Integrität von Institutionen, also nicht in die Hilfsbereitschaft eines befreundeten Beamten, sondern in die Verlässlichkeit seiner Behörde als einer dem Gesetz und dem Gemeinwohl verpflichteten Institution.

Vertrauen in diesem Sinne heißt: Ich kann mich als Unternehmer darauf verlassen, dass eine Absprache oder ein Vertrag mit einem Geschäftspartner eingehalten wird und ich andernfalls meine Ansprüche vor Gericht geltend machen kann – und falls die Entscheidung zu meinen Gunsten ausfällt, dass ich diese Ansprüche dann auch durchsetzen kann; oder dass ich mich darauf verlassen kann, dass Behörden nach sachlichen Kriterien entscheiden; dass eine Versicherung die Schadenssumme auch wirklich auszahlt; dass bewilligte Projektmittel bei den Adressaten ankommen und nicht in den Taschen von Beamten oder Politikern verschwinden; und dass die Polizei Verbrecher bekämpft und nicht mit ihnen zusammenarbeitet.

Wir alle halten diese Verlässlichkeit im öffentlichen Bereich für selbstverständlich, fordern von Staatsdienern Einsatz für das Wohl *aller* Bürger und sehen nur so Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Effizienz im öffentlichen Bereich gewährleistet. Viele Menschen sind zudem bereit, sich für das Gemeinwohl auch ehrenamtlich zu engagieren und so das zu erwerben, was man als ‘Sozialkapital’ bezeichnet.

In Europa gibt es jedoch Gesellschaften, denen diese Logik des sozialen Handelns recht fremd ist. Es sind, wie der Ethnologe Christian Giordano feststellt, Gesellschaften, in denen das Private eindeutig Vorrang hat vor dem Öffentlichen und dem Gemeinwohl, weil die Menschen die öffentliche Sphäre als unzuverlässig und undurchschaubar, ja als feindlich wahrnehmen. Insbesondere dem Staat und seinen Institutionen begegnen sie mit großem Misstrauen, weswegen es für sie legitim – wenn auch illegal – sein kann, in Verfolgung eigener Ziele gegen den Staat und das Gemeinwohl zu handeln.

Nicht das Vertrauen in Institutionen bestimmt hier das alltägliche Handeln, sondern das Vertrauen in Einzelpersonen. Verlässlichkeit, Loyalität und Solidarität wird allein im Bereich des Privaten gesucht, wobei der Raum dieses persönlichen Vertrauens zunächst einmal die Familie und Verwandtschaft umfasst, durch den Aufbau und die Pflege von sozialen Netzwerken aber ständig ausgeweitet wird: Neben die Blutsverwandtschaft treten dann Netzwerke der rituellen Verwandtschaft (durch Trauzeugen und Taufpaten) und der Freundschaft (mit Schulkameraden, Kommilitonen, Kollegen, Nachbarn) oder auch Klientel-Netzwerke zwischen einem Patron und seinen Klienten – wobei der Patron ein Beamter, ein Abgeordneter, ein Minister oder auch ein Unternehmer sein kann.

Gewiss haben auch in unserer Gesellschaft persönliches Vertrauen und soziale Netzwerke Bedeutung, doch erreichen sie nicht annähernd die Relevanz, die sie in derartigen "Sozialsystemen des öffentlichen Misstrauens" haben. Von welchen Gesellschaften ist hier die Rede? Die beschriebenen Phänomene sind – und das ist Ihnen wohl kaum neu – in mediterranen Gesellschaften sehr verbreitet (und auch gut erforscht) als eine traditionelle Form sozialer Organisation. Weniger bekannt (und auch erforscht) ist hingegen die Tatsache, dass auch in etlichen der neuen und künftigen EU-Mitglieder das soziale Handeln durch solche Strukturen geprägt ist. Vergessen wir nicht, dass alle (jetzigen und künftigen) EU-Mitglieder des östlichen Europa nicht nur eine zum Teil Jahrhunderte lange Erfahrung mit Fremdherrschaft, also mit einem als feindlich empfundenen Staat haben: Sie haben vor allem Jahrzehnte bitterer Erfahrung mit dem Sozialismus hinter sich, einer Staatsform, die wegen ihres totalitären Zugriffs auf den Einzelnen als fremde, feindliche Macht wahrgenommen wurde. Das (ohnehin schwache) institutionelle Vertrauen wurde fast völlig zerstört und die Bürger waren gezwungen, sich in kleine Nischen des privaten Vertrauens zurückzuziehen. Für Länder, deren Ziel es ist, sich in die Strukturen der EU zu integrieren und zivilgesellschaftliche Institutionen aufzubauen, ist die Zerstörung dieses Vertrauens das langfristig wohl schwierigste Erbe des Sozialismus. Für die EU selbst liegt darin eine schwere Hypothek.

Wie kann das Erbe des Sozialismus überwunden und institutionelles Vertrauen aufgebaut werden? Welche Tendenzen zeigen sich vor, durch und nach der Aufnahme in die EU? Die Antwort auf diese für das Zusammenleben in Europa existenziellen Fragen ist, so die ersten Ergebnisse der in **forost** forschenden Juristen und Historiker, Wirtschaftswissenschaftler und Volkskundler, Psychologen und Sprachwissenschaftler, nicht eben einfach. Zu wenig bekannt sind die tieferen Ursachen des Misstrauens, zu wenig erforscht ist die enge Verbindung zwischen den Nachteilen und den Vorzügen dieses Systems sozialer Netzwerke in der anhaltend schwierigen Krisensituation.

Die in allen Transformationsländern sehr engen Sozialbeziehungen sind nämlich sehr ambivalent. Auf der einen Seite stehen ihre unübersehbaren Nachteile: Der Aufbau und die ständige Pflege der persönlichen Netzwerke ebenso wie das Misstrauen gegenüber dem Staat fordern sehr viel soziale Energie, die dann woanders fehlt. Noch schädlicher für die Gesellschaft aber ist die "kleine Korruption" und das "Beziehungswesen" mit seinen unfairen und leistungshemmenden Begünstigungen, der Nepotismus und Klientelismus sowie die mafiotischen Strukturen in vielen Bereichen von Wirtschaft, Justiz, Verwaltung und Politik. Sie be- und verhindern die Umsetzung demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien.

Diesen gesamtgesellschaftlichen Nachteilen stehen jedoch erhebliche Vorzüge für den Einzelnen gegenüber, nämlich enge Verwandtschafts- und Freundschaftsbeziehungen, soziale Nähe und gegenseitige Hilfe und Fürsorge, intensive Kommunikation und ein ständiges soziales Geben und Nehmen. Es ist ein durch den Sozialismus verstärktes traditionelles Verhalten, das auf das Engste mit der Identität verbunden ist. In dem offen geführten Diskurs mit dem 'Westen' zeigt sich, dass dieses Verhalten als positives Gegenmodell zur "kalten Funktionalität und Anonymität des Westens" empfunden wird. Die Menschen dieser Länder sollen, so der polnische Schriftsteller Andrej Stasiuk, ruhig bei ihrer etwas chaotischen Enge der Sozialbeziehungen bleiben, denn nur so können sie der "Aussicht auf die sanfte, schmerzlose Vernichtung" durch den Westen entgehen und ihre Identität bewahren.

Ein rascher Wandel des Systems öffentlichen Misstrauens und enger persönlicher Netzwerke ist also kaum zu erwarten, doch zeigen sich – als Anpassung an die veränderten Umweltbedingungen – Prozesse des Wandels. Lassen Sie mich einige der von **forost** festgestellten Bedingungen in aller Kürze andeuten:

1. Personalisierte Sozialbeziehungen und Netzwerke sind von anhaltend großer Bedeutung, eine Tatsache, die jeder beherzigen muss, der im östlichen Europa erfolgreich operieren will. Die Loyalität der Mitarbeiter kann nur durch intensives Engagement auch in persönlichen Dingen, also z.B. durch Interesse am Wohlergehen der Ehepartner und Kinder, gehalten werden. So ist es beispielsweise in südosteuropäischen KMU üblich, dass Mitarbeiter einander als Trauzeugen und Taufpaten wählen, um dadurch gegenseitige Bindung, Loyalität und Vertrauen herzustellen.
2. Bei jenen Beziehungen und Netzwerken, die im Sozialismus schwach und instrumentell waren, zeigt sich eine Tendenz entweder zur Auflösung oder aber zur Monetarisierung, wobei die Grenze zu Bestechung und Korruption oft überschritten wird; beschleunigt wird dieser Prozess durch die zunehmende Aufspaltung der Gesellschaften in Arm und Reich und die anhaltend schlechte Wirtschaftslage. Wichtige Dienstleistungen sind vielerorts nur durch massive Zahlungen an Beamte, Ärzte, Richter, Lehrer u.a. zu erhalten; diese "kleine Korruption" ist fast zu einem Teil des "normalen" Alltagsverhaltens geworden.
3. Angesichts des allgemeinen Rückzugs aus der Öffentlichkeit haben Familie und Verwandtschaft als Raum des größten Vertrauens weiter an Bedeutung gewonnen - auch im Bereich der Wirtschaft. Die meisten Kleinbetriebe (zumindest in Südosteuropa und den GUS-Staaten) sind nach dem Modell der 'Betriebsfamilie' aufgebaut, mit einem patriarchalen Chef, der seine Mitarbeiter wie seine Kinder führt, der für sie sorgt, aber auch völlige Loyalität erwartet. Erst in den letzten Jahren ist teilweise die gegenläufige Tendenz zu beobachten, bei Mitarbeitern und Partnern eher auf Kompetenz und Leistung denn auf verwandtschaftliche Nähe zu achten.
4. In Politik und Wirtschaft ist allgemein eine Umwandlung der früher symmetrischen in asymmetrische Beziehungen zu beobachten, was konkret eine Zunahme von Patronage und Klientelismus bedeutet. Entsprechend zeigt sich in größeren Firmen und Verwaltungen als Folge von wachsender Konkurrenz und Leistungsdruck die Tendenz, dass Freundschaftsbeziehungen zwischen Gleichrangigen

stärker und vertikale Beziehungen schwächer bzw. asymmetrisch werden.

5. Tendenziell ist bei Jüngeren und Gebildeteren ein höheres Maß an institutionellem Vertrauen festzustellen.
6. Viele Institutionen (wie etwa Banken und Versicherungen) sind inzwischen besser als ihr Ruf, haben aber weiterhin mit dem Misstrauen der Menschen zu kämpfen.
7. Westlichen Firmen und Organisationen wird oft mehr vertraut als einheimischen. Hieraus ergibt sich eine große Verantwortung dieser Firmen und Organisationen, besonders jener der EU, deren Handeln aufmerksam verfolgt wird. Zerstörtes Vertrauen gegenüber einzelnen Firmen und Institutionen wird sehr schnell auf den ganzen 'Westen' übertragen.

Wichtige Differenzierungen zwischen dem östlichen Mitteleuropa, Südosteuropa und den GUS-Staaten wären hier noch anzuführen. Wegen der Kürze der Zeit kann ich darauf ebenso wenig eingehen wie auf die Gefahren, die sich daraus ergeben, dass auch die EU von vielen Menschen im östlichen Europa wahrgenommen wird als eine anonyme (und bedrohliche) staatliche Superstruktur.

Wie kann sich die EU diesen Herausforderungen stellen? Es sind dies entscheidende Lebensfragen für die EU und damit natürlich auch für Bayern, Zukunftsfragen, die mit der Erweiterung der EU keineswegs beantwortet sind: Im Gegenteil nimmt ihre Bedeutung durch die Öffnung eher noch zu. "Zukunft braucht Forschung": Das gilt auch für das künftige Zusammenleben im Haus Europa – und **forost** versucht, auf diese Fragen Antworten zu geben.